

Sehr geehrter Herr Stenger, (Vorstandsvorsitzender ILB)
sehr geehrte Frau Klavina, (Vertreterin Europäische Kommission)
sehr geehrter Herr Strohbach (Vertreter Europäische Kommission)
sehr geehrte Damen und Herren,

„EU - wozu?“ fragte der Deutsche Industrie- und Handelskammertag vor der diesjährigen Europawahl und fand zehn gute Gründe dafür, denn: *„Ohne das gemeinsame Europa wären viele Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft deutlich schlechter.“* Demgegenüber machte sich der Deutsche Gewerkschaftsbund aus gleichem Anlass *„stark für ein soziales, solidarisches und gerechtes Europa“* und stellte entsprechende Forderungen zur Europawahl auf.

So weit, so erwartbar, könnte man sagen.

Es entspricht schließlich der Aufgabe von Interessenvertretungen, ihre jeweiligen Interessen zu vertreten.

Man kann diese Positionierungen aber auch als symptomatisch verstehen für den Zustand der Europäischen Union.

Schließlich ist die EU historisch in erster Linie eine Wirtschaftsgemeinschaft, und die europäische Sozialpolitik hat sich erst abgeleitet daraus entwickelt.

Man könnte sagen: Die Wirtschaft ist bereits integriert - in welchem Ausmaß zeigt sich unter anderem gerade an den Brexit-Ausstiegsszenarien - aber die soziale Integration ist vielleicht gerade mal auf halber Strecke und muss immer noch erkämpft werden.

Eine kleine Skizze:

Zunächst war es vor allem die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der damaligen Europäischen Gemeinschaft, die eine Koordination nationaler Sicherungssysteme erforderlich machte: wenn Arbeitskräfte europäisch mobil sein sollen, braucht es entsprechende Regelungen für die soziale Absicherung dieser Menschen.

Im Zuge des Binnenmarktprojektes entwickelte sich auch eine politische Diskussion um die (fehlende) soziale Dimension Europas.

Das Bewusstsein dafür, dass eine ökonomische Integration auch eine soziale Integration erfordert, wuchs, und soziale Grundrechte der Arbeitnehmer sowie bestimmter Gruppen (zum Beispiel Frauen, Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Behinderung) wurden auf europäischer Ebene verankert.

Im Zuge der Gründung der Europäischen Union wurde die europäische Sozialpolitik schließlich in den 1990er Jahren als eigenständiges Politikfeld etabliert.

Infolgedessen hat die EU inzwischen nach Artikel 151 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union Kompetenzen für die 1.) Förderung der Beschäftigung, 2.) die Verbesserung und Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, 3.) einen angemessenen sozialen Schutz, 4.) den sozialen Dialog, 5.) die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials und die 6.) Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Die primäre Verantwortung für die Sozialpolitik liegt aber nach wie vor bei den Mitgliedsstaaten.

Brauchen wir nun ein sozialeres Europa?

Ich denke, ja.

Wenn man die Europäische Union nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft, sondern als politisches Integrationsprojekt begreift, bildet der soziale Zusammenhalt sozusagen den Kern dieses Projekts.

Eine kollektive Identität, gemeinsame Kultur, gemeinsame Werte sind - bei aller Verschiedenheit - die Basis für eine politische Gemeinschaft und ein friedliches Zusammenleben.

Aber erst durch entsprechende gesellschaftliche Strukturen, soziale Sicherungs- und Umverteilungsmechanismen wird ein sozialer Zusammenhalt hergestellt.

Wer zusammengehört, teilt miteinander - und umgekehrt.

Das lernen wir eigentlich schon im Kindergarten.

Wenn das europäische Projekt für die Menschen Bedeutung haben soll und nicht nur für die Unternehmen, dann brauchen wir diesen Zusammenhalt.

Wir brauchen die offenen Grenzen und gemeinsame soziale Standards, die auch nicht durch Freihandelsverträge außer Kraft gesetzt werden.

Wir brauchen gemeinsame, europäische Antworten auf Wirtschaftskrisen und Strukturwandel.

Wir brauchen Investitionen in strukturschwachen Regionen und Unterstützung für Menschen in sozialen Krisen und Übergängen.

Ich glaube, angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in der EU, in Deutschland und auch hier in Brandenburg kann man es gar nicht deutlich genug sagen:

nur, wenn Europa erkennbar für die Menschen da ist, wenn die Gemeinschaft ihr Leben besser und reicher macht, nur dann hat Europa eine Zukunft. -> Ein Europa der Regionen.

Dazu braucht es nicht nur eine europäische Säule sozialer Rechte, sondern auch konkrete sozialpolitische Veränderungen.

Zum Beispiel haben die EU-Mitgliedsstaaten in der europäischen Säule sozialer Rechte die Gewährleistung angemessener Mindestlöhne proklamiert.

Für eine wirksame Umsetzung, für ein Europa, das erkennbar etwas für die Menschen bewirkt, wäre eine entsprechende Regelung der nächste Schritt.

Ähnlich verhält es sich etwa mit dem proklamierten Recht Arbeitsloser auf angemessene Unterstützung.

Und damit - meine Damen und Herren - sind wir jetzt auch beim ESF.

Denn der ESF soll nach den vorliegenden Verordnungsentwürfen der Europäischen Kommission in der nächsten Förderperiode ab 2021 auf die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte ausgerichtet sein.

Herr Strohbach und Frau Klavina von der Generaldirektion Beschäftigung der Kommission werden uns dazu im Anschluss noch Näheres berichten.

Tatsächlich setzt sich der ESF bereits seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 für ein sozialeres Europa ein - vor zwei Jahren haben wir seinen 60. Geburtstag gefeiert.

Allerdings hat er sich - wie die europäische Sozialpolitik insgesamt - in dieser Zeit stark gewandelt und entwickelt.

Unterstützte der ESF ursprünglich vor allem ausbildungsbezogene Programme, so haben sich seine Aufgaben und Mittel inzwischen beträchtlich erweitert.

Geblichen ist sein Schwerpunkt bei der Verbesserung von Beschäftigungschancen für junge Menschen, hinzugekommen sind etwa die 1.) Unterstützung von Qualifizierungen im Strukturwandel, 2.) der Abbau von Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt, 3.) Maßnahmen des lebenslangen Lernens, 4.) innovative Maßnahmen der Beschäftigungsförderung oder 5.) soziale Integration und Armutsbekämpfung.

Von den Möglichkeiten des ESF haben die Menschen in Europa und auch hier in Brandenburg immer ganz konkret und direkt profitiert.

Das ist sozusagen ein Markenkern des ESF - „Investition in Ihre Zukunft“ steht deshalb auch als Motto über allen Maßnahmen des Brandenburger ESF.

In der aktuellen Förderperiode wurden in Brandenburg bereits über 200.000 Menschen gefördert, haben z.B. eine Ausbildung oder Qualifizierung erhalten oder auch an Schulprojekten zur Berufsorientierung teilgenommen.

Wir haben etwa 6.000 Existenzgründer/innen gefördert, ca. 9.000 überwiegend Langzeitarbeitslose auf ihrem Weg in eine neue Beschäftigung begleitet und über 8.000 Weiterbildungen unterstützt.

Etwa die Hälfte (50 %) aller Teilnehmenden im Brandenburger ESF ist unter 25 Jahren alt. Davon hat ein großer Teil zum Beispiel von Maßnahmen zur Studienvorbereitung und -begleitung profitiert oder an Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung teilgenommen.

Entsprechend groß ist übrigens auch die Bekanntheit des ESF in dieser Altersgruppe: laut der letzten Umfrage aus dem Jahr 2017 kennen ihn 56 Prozent der 18-25jährigen in Brandenburg.

Bei der gleichen (repräsentativen) Umfrage stimmten auch drei Viertel (74 Prozent) der Befragten der Aussage zu, die EU-Förderungen seien wichtig, um die Abwanderung zu verhindern, und 54 Prozent sagten, sie trage zum Abbau der Arbeitslosigkeit bei.

60 Prozent waren der Meinung, die EU-Förderpolitik in Brandenburg leistet einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung und Qualifizierung.

Der ESF wirkt, und er kommt bei den Menschen an.

Damit verbessert er nicht nur Beschäftigungschancen in Brandenburg und den anderen europäischen Regionen, sondern er transportiert auch essentielle europäische Werte:

Die Gemeinschaft übernimmt soziale Verantwortung, unterstützt strukturschwache Regionen und verbessert die Arbeitsmarktsituation Benachteiligter.

Die Wichtigkeit dieser Botschaft sollten wir gerade in der heutigen politischen Situation, in der europafeindliche Kräfte ungeahnten Zulauf erhalten, nicht unterschätzen.

Ein starker, zielgerichteter ESF wirkt zwar keine Wunder, aber er kann tatsächlich einen wertvollen Beitrag zu einem sozialeren Europa leisten.

Ob und wie das auch in der neuen Förderperiode gelingen kann, hängt zunächst einmal auch von den verfügbaren Mitteln ab.

Wie Sie alle wissen, befinden sich die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen u.a. durch den Brexit in einer schwierigen Situation.

Bereits seit anderthalb Jahren liegen die Vorschläge der Europäischen Kommission auf dem Tisch, das Ende ist noch nicht abzusehen.

Es ist nach derzeitigem Kenntnisstand nicht auszuschließen, dass der MFR erst Ende 2020 beschlossen werden kann.

Die Ausgaben für die Strukturfonds sollen in der kommenden Förderperiode zugunsten neuer Herausforderungen wie Schutz der Außengrenzen, Digitalisierung und Klimaschutz gekürzt werden.

Der ESF soll mit anderen Förderinstrumenten zum ESF+ zusammengelegt werden, der ESF+-Anteil an den Strukturfördermitteln für die Mitgliedsstaaten soll sich verringern.

Für Deutschland insgesamt würden sich damit nach dem derzeitigen Stand der Planungen die verfügbaren ESF+-Mittel auf etwa 71 Prozent der Mittel der aktuellen Förderperiode reduzieren (in Preisen von 2018).

Gleichzeitig soll der Anteil der notwendigen nationalen Kofinanzierung von 20% auf 45 Prozent steigen.

Bevor jetzt die große Empörung ausbricht:

Wir bekennen uns zu einem sozialen Europa, und das heißt auch, dass die wirtschaftlich stärkeren Regionen die wirtschaftlich schwächeren unterstützen. Es heißt, dass die Kohäsionspolitik zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der EU beitragen soll.

Und dass Regionen, die sich überdurchschnittlich entwickelt haben, in Zukunft weniger Fördermittel benötigen.

Natürlich trägt die überdurchschnittlich gute sozioökonomische Situation in Deutschland natürlich zu dem erwarteten Mittelrückgang bei.

Wieviel Mittel dem Brandenburger ESF in der neuen Förderperiode tatsächlich zur Verfügung stehen, werden wir aber selbstverständlich erst nach Abschluss der MFR-Verhandlungen und der anschließenden Mittelverteilung zwischen Bund und Ländern wissen.

Klar ist nur: es wird deutlich weniger sein als in dieser Förderperiode.

Deshalb ist es umso wichtiger, die geringeren Mittel so zielgerichtet und effizient wie möglich einzusetzen.

Dafür müssen wir zunächst einmal die für Brandenburg prioritären Handlungsbedarfe identifizieren.

Ich freue mich sehr, dass Sie heute so zahlreich hier erschienen sind, um sich darüber auszutauschen und Ihre Erfahrungen bei der Vorbereitung der nächsten Förderperiode einzubringen.

Die Europäische Kommission hat im Anhang D des Länderberichts zum Europäischen Semester bereits im Februar dieses Jahres für Deutschland insgesamt Empfehlungen für Investitionsschwerpunkte in der neuen Förderperiode abgegeben.

Diese finden Sie auch in Ihrer Tagungsmappe, wobei vom ESF ausschließlich das Politische Ziel 4 „Ein sozialeres Europa“ adressiert werden soll.

Auf dieser Basis haben wir Ihnen für heute Nachmittag ein paar Themen zur Diskussion vorgeschlagen und interessante Beiträge gewinnen können.

Es wird dabei um den 1.) Fachkräftemangel in Brandenburg gehen, um 2.) lebenslanges Lernen, um die 3.) Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen und die 4.) Unterstützung sozialer Innovation.

Aber selbstverständlich ist die heutige Veranstaltung erst der Auftakt unseres partnerschaftlichen Prozesses zur Erarbeitung des neuen Operationellen Programms, und alle Ihre Ideen sind heute und im weiteren Prozess herzlich willkommen.

Ich wünsche Ihnen heute noch spannende Diskussionen. Und ich wünsche uns allen, dass wir bei allem, was wir tun, auch im täglichen Klein-Klein der ESF-Umsetzung und trotz begrenzter Mittel die Vision eines sozialeren Europas nicht aus dem Blick verlieren. Ich wünsche uns Mut und Kreativität bei der Entwicklung zielführender Förderansätze und auch dafür, unnötige bürokratische Hürden abzubauen.

Mehr denn je muss es uns gemeinsam darum gehen, den mit der ESF-Umsetzung bislang verbundenen Verwaltungsaufwand so weit wie möglich zu reduzieren und uns auf das zu konzentrieren, worum es bei der Förderung eigentlich geht:

Menschen in Brandenburg bessere Zukunftschancen zu geben.

Vielen Dank.